

**Rolf Fischer:**

## **Doppelhülle bringt Sicherheit**

„Die SPD- Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich die Initiative Schleswig-Holsteins im Bundesrat, die Schiffssicherheit in der Ost- und Nordsee deutlich zu verbessern,“ erklärt der Europapolitiker der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzende des Europa-Ausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Rolf Fischer in Hinblick auf die Bundesratssitzung am Freitag, 14. März 2003.

Schleswig- Holstein fordert dort die weitere Verkürzung der Fristen für die Außerdienststellung von Einhüllen-Ölschiffen, die Ausweitung der Pflicht zur Doppelhülle auch für kleine Tanker sowie ein Anlaufverbot in EU-Häfen für schweröltransportierende Einhüllentankschiffe und ein umfassende Anwendung der Zustandsbewertungsschemas für ältere Tanker.

„Das ins Auge gefaßte Verbot von Einhüllen-Tankern im Jahre 2015 ist zu spät. Die Schiffsunfälle in Nord- und Ostsee machen deutlich, dass diese Frist verkürzt werden muss. Der von der EU früher vorgeschlagene Termin 2010 sollte angestrebt werden. Ich erinnere daran, dass die Kieler Werft Lindenau als einzige Werft in Deutschland bereits Doppelhüllentanker baut und somit eine Verkürzung der Fristen auch eine große ökonomische Chance für den schleswig-holsteinischen Schiffbau darstellt.

Dies gelte auch für weitergehende Sicherheitsanforderungen an die Konstruktion (Verbot von Einhüllentankern), die technische Zulassung (Transportverbote) sowie insbesondere für die Intensivierung der Hafenstaatenkontrolle auch über die EU hinaus. (Russland, baltische Staaten, Polen).

Die SPD-Fraktion unterstützt die Landesregierung in ihrer Forderung an die EU hinsichtlich der Verbesserung der seemännischen Ausbildung und der personellen Anforderungen an die Schiffsbesatzungen sowie die Einführung einer Lotsenpflicht für die Kadettrinne und für weitere kritische Routen in der Ostsee.

Wir erwarten, dass sich die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten bei den Beratungen im Bundestag für eine schnelle Umsetzung der Vorschläge einsetzen und dass sich die Europaabgeordneten für eine Lösung auf EU-Ebene stark machen.“  
(SIB)